



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 – 2014

Ausschuss für Wirtschaft und Währung

2011/0000(INI)

1.6.2012

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Wirtschaft und Währung

für den Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz

zu den zwanzig wichtigsten Anliegen der europäischen Bürger und
Unternehmen mit Blick auf die Funktionsweise des Binnenmarkts
(2011/0000(INI))

Verfasser der Stellungnahme: Edward Scicluna

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Wirtschaft und Währung ersucht den federführenden Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. ist der Ansicht, dass die EU in der gegenwärtigen schweren Finanzkrise verstärkt Anstrengungen unternehmen muss, um Hindernisse für das reibungslose Funktionieren des Binnenmarktes zu beseitigen, insbesondere in Bereichen, die als Motor für nachhaltiges Wirtschaftswachstum fungieren können, wie grenzüberschreitende Geschäftsbeziehungen und Unternehmertätigkeiten, Erbringung von Dienstleistungen, Mobilität, Zugang zu Finanzmitteln und Finanzkompetenz;
2. ist der Ansicht, dass das Hauptziel des EU-Bankensektors die Bereitstellung von Kapital für die Realwirtschaft sein sollte, die eine der Voraussetzungen für die Entwicklung eines wissensbasierten Binnenmarkts ist, der Wachstum und Wettbewerb fördert und Arbeitsplätze schafft;
3. hebt hervor, dass mehr getan werden muss, damit dieses Wachstum nachhaltig vonstatten geht und den KMU bei der Umsetzung keine unnötigen Belastungen aufgebürdet werden;
4. vertritt die Auffassung, dass KMU die treibende Kraft für die Konjunkturbelebung und das Wirtschaftswachstum in Europa darstellen müssen; fordert die Kommission aus diesem Grunde auf, den Bedürfnissen der KMU bei der Vollendung des Binnenmarkts besondere Aufmerksamkeit zu schenken;
5. ist davon überzeugt, dass die Vollendung des Binnenmarkts für das wirtschaftliche und soziale Wohlergehen der EU-Bürger notwendig ist;
6. hält es für dringend geboten, die Bürger besser über die Besteuerung in der EU aufzuklären und steuerliche Barrieren für grenzüberschreitend tätige Arbeitnehmer und Arbeitgeber abzubauen, um die Mobilität zu fördern und gleichzeitig Steuerflucht und Steuerbetrug zu bekämpfen;
7. betont demzufolge den Bedarf an sozial gerechtfertigter Steuerpolitik zwecks Wachstumsförderung und Umverteilung, die geeignet ist, die schwerwiegenden Probleme Steuerwettbewerb, wirksame Überwachung und Besteuerung von Offshore-Unternehmen und Auflösung von Steuerparadiesen innerhalb der EU zu lösen;
8. betont, dass alle EU-Bürger, die noch kein Bankkonto in dem Mitgliedstaat haben, in dem sie einen Antrag auf Kontoeröffnung gestellt haben, Zugang zu grundlegenden Bankdienstleistungen haben sollten; vertritt in dieser Hinsicht die Auffassung, dass mit grundlegenden Bankdienstleistungen dafür gesorgt werden muss, dass Verbraucher mit geringem Einkommen Zugang zu wesentlichen Zahlungsinstrumenten wie Einzahlungen, Überweisungen und Bargeldabhebungen im Binnenmarkt bekommen, insbesondere wenn sie Grenzgänger sind; fordert die Kommission daher auf, einen Legislativvorschlag vorzulegen, um EU-weit für verbraucherfreundliche Verfahren zur Eröffnung von Bankkonten zu sorgen;

9. sieht mit Sorge, dass EU-Bürger, die im Ausland eine Erbschaft antreten, sich im Ausland zur Ruhe setzen oder Kapital ins Ausland transferieren, oftmals doppelt besteuert werden; fordert verstärkte Anstrengungen, damit in dieser Angelegenheit Abhilfe geschaffen wird; bedauert, dass die Kommission im Bereich der Erbschaftssteuer lediglich eine Empfehlung vorgeschlagen hat; fordert dringend eine Überarbeitung der Pensionsfonds-Richtlinie;
10. ist überzeugt, dass das Vertrauen der Verbraucher in einen gut funktionierenden Markt für Finanzdienstleistungen langfristig zu finanzieller Stabilität, Wachstum, Effizienz und Innovation beiträgt; hält es daher für notwendig, sicherzustellen, dass die Verbraucher besseren Zugang zu Informationen und unabhängiger Beratung in diesem Bereich erhalten und Interessenkonflikte vermieden werden;
11. betont, dass eine solide konzipierte EU-Regelung für Risikokapital eine treibende Kraft für Wachstum, verbesserten Zugang zum Kapital und Schaffung von Arbeitsplätzen sein könnte; hält es deshalb für dringend geboten, sich mit den Faktoren zu befassen, die einerseits für das knappe Angebot an und die knappe Nachfrage nach Risikokapital und andererseits für Märkte mit geringer Liquidität verantwortlich sind;
12. fordert die Kommission auf, den Zugang zu Mikrofinanzierungsinstrumenten für die Gründung und Entwicklung von Kleinunternehmen zu erleichtern, insbesondere solcher, die grenzüberschreitend tätig werden wollen;
13. unterstreicht, dass die Verfahren zur grenzüberschreitenden Erstattung der Mehrwertsteuer weniger bürokratisch und schwerfällig für Unternehmen gestaltet werden müssen; betont, dass außerdem verstärkt Zugang zu einer zwischenstaatlichen Risikokapitalfinanzierung möglich sein sollte;
14. erachtet eine europäische Strategie zur Unterstützung sozialen Unternehmertums als wichtig, zumal es sich hierbei um eine Branche handelt, die für integratives, intelligentes und nachhaltiges Wachstum steht; hält die Verordnung zur Schaffung eines Europäischen Fonds für soziales Unternehmertum für einen ersten Schritt in die richtige Richtung und begrüßt diese;
15. hebt die Bedeutung von wachstumsfördernden Reformen in Europa hervor und verweist auf die unverzügliche Vollendung des Binnenmarkts als wichtigste Priorität; unterstreicht, dass die EU-Institutionen sich dazu verpflichtet haben, die zwölf Schwerpunkte der Binnenmarktakte als vorrangige Themen zu betrachten; fordert die Kommission auf, Maßnahmen gegen die Mitgliedstaaten zu ergreifen, die die Dienstleistungsrichtlinie noch nicht in vollem Umfang umgesetzt haben;
16. erinnert daran, dass die Beseitigung von Mobilitätshindernissen im Hochschulbereich bewirken könnte, dass der Anteil der EU-Bevölkerung mit Hochschulabschluss steigt und der in der Europäischen Union wachsende Bedarf an qualifizierten Fachkräften daher gedeckt werden kann;
17. fordert dazu auf, dass das Prinzip „Vorfahrt für die KMU“ bei jedem Vorschlag über Rechtsakte beachtet wird, zumal die Auswirkungen dieser Vorschriften auf KMU, Kleinunternehmen und Familienunternehmen *ex ante* geprüft werden müssen;

18. hebt im Übrigen hervor, dass der gegenwärtige Anwendungsbereich des Binnenmarkts, auch bei vollständiger Umsetzung, unzureichend ist, da heute nahezu vier Fünftel der europäischen Wirtschaft auf den Dienstleistungssektor entfallen; fordert daher, dass sowohl Initiativen einzelner Staaten als auch der Gemeinschaft auf die Erweiterung des Anwendungsbereichs des Binnenmarktes ausgerichtet werden, damit sie die gesamte europäische Wirtschaft abdecken und in vollen Umfang auch das Potenzial genutzt werden kann, das in den Bereichen der Wirtschaft mit intensivem Wissensinput steckt;
19. ist der Ansicht, dass verstärkte Anstrengungen unternommen werden müssen, um bis spätestens 2015 einen echten digitalen Binnenmarkt zu schaffen, der es Unternehmern, Innovatoren und Verbrauchern ermöglicht, die vielfältigen Chancen der Online-Dienste zu nutzen und ihre Entwicklungspotenziale auszuschöpfen;
20. weist darauf hin, dass kein anderer Umstand in der Wirtschaft oder der Wirtschaftsgeschichte so grundsätzlich unterstützt wurde wie der freie Handel zum beiderseitigen Vorteil; erinnert daran, dass die rasche Neubelebung des Welthandels nach der Krise von 2008 maßgeblich dazu beigetragen hat, dass sich eine weltweite Depression wie in den Dreißiger Jahren nicht wiederholt hat;
21. versucht, die Ziele sogar noch höher zu stecken und die wirtschaftliche Integration zwischen der EU und den USA mit neuen politischen Impulsen zu vertiefen und letztlich ein Freihandelsabkommen und einen voll integrierten transatlantischen Markt anzustreben;
22. fordert vor diesem Hintergrund einen Quantensprung bei der von der EU angestoßenen Liberalisierung des Handels mit dem Ziel, Freihandelsabkommen mit Indien, Kanada, Ländern der „Östlichen Partnerschaft“ sowie mit ASEAN-Mitgliedern noch vor Ende des Jahres 2012 abzuschließen;
23. ist sich der Tatsache bewusst, welche Last den europäischen Unternehmen, insbesondere den Kleinstunternehmen sowie den kleinen und mittleren Unternehmen, durch übermäßige Reglementierung aufgebürdet wird, die die übertriebene Verordnungsflut seitens der Mitgliedstaaten und der EU für diese bedeutet; fordert die Kommission auf, alljährlich eine Erklärung zu veröffentlichen, in der die Nettogesamtkosten der im Vorjahr ausgearbeiteten Gesetzesvorlagen zusammen mit Vorschlägen für die Reduzierung dieser Kosten im Folgejahr aufgeführt und den Unternehmen zur Kenntnis gebracht werden;
24. hebt hervor, dass die Mobilität auf den europäischen Arbeitsmärkten immer wichtiger wird, insbesondere für junge Menschen; ist nachdrücklich der Ansicht, dass die reglementierten Berufe in Einklang mit der Dienstleistungsrichtlinie reformiert werden müssen, damit ihre Zahl deutlich reduziert wird;
25. hält es für überaus wichtig, dass die Verbraucher in allen EU-Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, Anbieter von Dienstleistungen und Waren des täglichen Bedarfs frei wählen zu können;
26. begrüßt weitere Gesetzesinitiativen zur Schaffung eines uneingeschränkt integrierten Binnenmarktes, damit es für die europäischen Verbraucher mehr Wettbewerb, Effizienz und Auswahl gibt.

ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

Datum der Annahme	31.5.2012
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 34 -: 3 0: 2
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Burkhard Balz, Elena Băsescu, Udo Bullmann, Nikolaos Chountis, George Sabin Cutaș, Leonardo Domenici, Derk Jan Eppink, Diogo Feio, Elisa Ferreira, Ildikó Gáll-Pelcz, Jean-Paul Gauzès, Sven Giegold, Sylvie Goulard, Liem Hoang Ngoc, Othmar Karas, Wolf Klinz, Jürgen Klute, Rodi Kratsa-Tsagaropoulou, Philippe Lamberts, Astrid Lulling, Arlene McCarthy, Ivari Padar, Alfredo Pallone, Olle Schmidt, Edward Scicluna, Peter Simon, Ivo Strejček, Sampo Terho, Marianne Thyssen, Ramon Tremosa i Balcells, Pablo Zalba Bidegain
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)	Sophie Auconie, Thijs Berman, Philippe De Backer, Roberto Gualtieri, Danuta Maria Hübner, Olle Ludvigsson, Mario Mauro
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 187 Abs. 2)	Margrete Auken